



Nutzung von Laptops in der VR China

Das LfV Bayern rät Geschäftsreisenden: besser unauffällig bleiben

Was in Europa bereits üblich und alltäglich erscheint, nämlich der Einsatz von Verschlüsselungstechnik auf dem firmeneigenen Rechner, ist in China nach wie vor genehmigungspflichtig. Denn nur wer bereits vorher die beabsichtigte Verschlüsselungstechnik anmeldet und genehmigen lässt, handelt legal. Noch härter trifft es diejenigen, die beabsichtigen Hardware zur Verschlüsselung ihrer sensiblen Daten zu verwenden. Diese muss von vornherein aus dem Reich der Mitte stammen. Zudem haben nur solche Verschlüsselungsverfahren eine Chance auf Zulassung, die von chinesischen Sicherheitsbehörden mitgelesen werden können. Wer sich nicht daran hält, fällt spätestens im großen Datenstrom aus der Masse heraus und muss mit einer Verwarnung oder einer Beschlagnahmung der Gerätschaften rechnen.

Oftmals geraten ahnungslose Geschäftsreisende schon bei Ankunft am Flughafen mit örtlichen Beamten aneinander, die auf Einhaltung bestehender Vorschriften bedacht sind. Seit Juli 2004 gibt es eine entsprechende Verordnung, die es den chinesischen Zollbehörden ermöglicht Speichermedien, auf denen illegale Software festgestellt wird, zu beschlagnahmen und gegebenenfalls auch einzuziehen. Erfahrene Exporteure nutzen deshalb spezielle Berechtigungsdokumente, die mittlerweile zu den Standardformularen der chinesischen Zollabfertigung gehören. Dies ist nur eine der vielen getroffenen Maßnahmen, um das 1999 ins Leben gerufene „Goldene Schild“ zu verbessern, das der chinesischen Regierung dazu dient, einen offenen Informationsaustausch über das Internet zu verhindern.

Befindet man sich erst im Land, so sind bspw. WLAN Netze in aller Regel nur mit staatlicher Verschlüsselung nutzbar. Auch wer den VoIP Betreiber Skype zur Übertragung seiner Daten nutzt, ist vor einer Ausspähung der Behörden nicht sicher. Einem Bericht der Universität Toronto zufolge wurden Nachrichten und Informationen von Skype Nutzern auf ungesicherte Server übertragen und durch die chinesische Regierung auf Begriffe wie „Kommunistische Partei“ oder „Demokratie“ untersucht. Bei Skype sind derzeit ca. 70 Millionen User registriert.

Internetrestriktionen sind ebenso wie Kontrollen auffälliger Nutzer an der Tagesordnung. Sicherheitsbehörden soll es bereits heute möglich sein, bei Auffälligkeiten direkt auf den Rechner des Nutzers zugreifen zu können. Werden einzelne Personen im virtuellen Raum überwacht, ist der Schritt zur realen Beobachtung meist die nächste Konsequenz.

Das Projekt „Goldenes Schild“ wurde 2006 in acht Großstädten Chinas in Betrieb genommen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Bayern steht der Wirtschaft als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung. Informationen zum Thema Wirtschaftsschutz gibt das LfV Bayern im Rahmen von Vorträgen oder Beratungsgesprächen.

Kontakt: **089 – 31201 500 (Infotelefon)**
 wirtschaftsschutz@lfv.bayern.de